



Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit Chinas Vizepremier Ku Mu in Peking: „Fröhliche Versprechungen geraderücken“

CHINA-HANDEL

Groß, aber arm

Chinas Wirtschaftsfunktionäre erhoffen sich von den Deutschen billige Kredite. Sie locken mit langfristigen Rohstoff-Verträgen.

Die erste Sitzung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission hatte kaum begonnen, da erfuhren die Chinesen bereits, daß Otto Graf Lambsdorff wenig von asiatischen Verbindlichkeiten hält.

Direkt, wie es seine Art ist, kam der Wirtschaftsminister in der „Großen Halle des Volkes“ zum heikelsten Thema seines China-Besuchs. Die Bundesregierung, so erklärte der Bonner schnurstracks, gebe keine Zinssubventionen. Auch Chinesen hätten, wie alle anderen, den Marktzins zu zahlen.

Die Gastgeber ließen sich nicht so schnell abwimmeln. Mit wem auch immer der Bonner Minister vorige Woche in Peking sprach: Alle forderten sie den deutschen Gast auf, ihrem Reichtum mit günstigen Krediten auf die Sprünge zu helfen.

„China ist groß, aber arm“, klagte Außenminister Huang Hua, „und wir möchten auch so behandelt werden.“

Tatsächlich ist die Bundesrepublik das einzige Land, das beim Wettlauf um Geschäfte und Rohstoffe nicht mit direkten Finanzspritzen nachhilft.

So räumten die Japaner, die wie die Bundesdeutschen auf chinesische Metalle, auf Kohle und Öl erpicht sind, dem großen Nachbarn im Westen einen freien Milliarden-Kredit ein. Das japanische Darlehen läuft über 30 Jah-

re und wird zu einem Spottzins von drei Prozent gewährt. Amerikaner, Franzosen und Engländer bedienen Peking ebenfalls mit Rabatt.

Auch von den reichen Deutschen, deren Qualitätsprodukte und Pünktlichkeit sie schätzen, erwarten die Wirtschaftsplaner Pekings Entgegenkommen — und das nicht ohne Grund.

Im Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit vom Oktober vorigen Jahres hatte Bonn Finanzierungen „zu möglichst günstigen Bedingungen“ versprochen. Möglichst günstige Bedingungen aber, so interpretierten die Chinesen, erforderten Beihilfen des deutschen Finanzministers.

Obendrein hatten deutsche China-Reisende, Unternehmer und auch Politiker, wie etwa Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, ohne Kompetenzen, dafür aber großzügig, Gaben in Aussicht gestellt. Lambsdorff in Peking: „Ich mußte die fröhlichen Versprechungen hier erst einmal geraderücken.“

Daß die Chinesen nicht gern Bares herausrücken, merkten die deutschen Unterhändler auch, als es um konkrete Projekte ging. Anlagen wollen die Asiaten nach Ostblock-Vorbild am liebsten mit Rohstoffen bezahlen.

Fünf Tagebau-Anlagen, Ausrüstungen für sechs Kohlegruben, zwei Kokeereien und die Modernisierung von zwei Bergbau-Maschinenfabriken seien geplant, erläuterte Kohle-Minister Kao Jang-wen.

Wollten die Deutschen das Geschäft machen, dann sollten sie selber Kohle abnehmen oder helfen, die chinesische Kohle auf Drittmarkten abzusetzen.

Metallurgie-Minister Tang Ke warb mit dem, was die Bundesrepublik nicht

hat: mit Rohstoffen wie Wolfram und Antimon, Titan und Vanadium — allesamt rare Stoffe, die für die Industrieproduktion benötigt werden. Der Chinesen: „China ist bereit, Deutschland sicher mit Titan zu versorgen.“

Einige Geschäfte laufen bereits an. Die deutsche „Gesellschaft für Elektrometallurgie“ (GfE) will in einem Großversuch in Nürnberg aus 300 Tonnen chinesischer Schlacke Vanadium aufbereiten.

Glückt der Versuch, dann baut die GfE im chinesischen Eisen- und Hüttengebiet Panschihua eine Anlage zur Vanadium-Gewinnung. Bezahlt wird sie mit Vanadium-Produkten, abgesichert in einem langfristigen Liefervertrag.

Die Essener Firma Goldschmidt will den Chinesen helfen, Seltene Erden aus der Lagerstätte Baotou zu gewinnen. Gegenleistung: weltweiter gemeinsamer Vertrieb aller Seltenen Erden aus dieser Lagerstätte.

In der Abschlusssitzung der Kommission am Mittwoch voriger Woche versprach Außenhandelsminister Li Tschiang: „Wir wollen dafür kämpfen, ab 1985 mehr Rohstoffe und auch Erdöl in die Bundesrepublik zu liefern.“

Bei dem Versuch, Devisen für die Finanzierung ihrer großen Pläne zu sammeln, kamen die Chinesen auch auf ungewöhnliche Gedanken. Man könne doch, so schlug Kohle-Minister Kao Jang-wen vor, billige chinesische Arbeitskräfte nach Deutschland vermieten.

Erschrocken wehrten die Deutschen ab und redeten sich verlegen mit dem Gastarbeiter-Stopp und anderen gesetzlichen Bestimmungen heraus. Ein Lambsdorff-Mitarbeiter sagte es klarer: „Wir können doch nicht Chinesen

aufnehmen und die bei uns zu Hungerlöhnen als Sklaven halten.“

Der Vorschlag freilich, sich zumindest auf Drittmärkten, in Afrika oder Asien, billiger chinesischer Arbeitskolonnen zu bedienen, fand bei den Managern, die mit Lambsdorff nach Peking geflogen waren, Beifall. „Das ist gar kein dummer Vorschlag“, urteilte Heinrich Weiss, Vorstandsvorsitzender der Düsseldorfer Schloemann-Siemag AG, „wir prüfen das.“

Die Anstrengungen, westliche Devisen zu verdienen und die Industrialisierung ohne allzu große Verschuldung zu schaffen, nehmen die Chinesen freiwillig auf sich. Nur allzugerne würden Banker in aller Welt ihr Geld in das Riesenreich pumpen; denn mit zwei Milliarden Dollar bislang aufgenommener Kredite ist China noch fast schuldenfrei. Die gewaltigen Rohstoffvorkommen aber sind für viele Milliarden gut.

Auch die mitgereisten deutschen Banker boten in Peking einige Milliarden an. Delegationsleiter Lambsdorff ermunterte die Chinesen zuzugreifen. Zinssubventionen, so erklärte der Graf beispielsweise, seien gar nicht nötig. Die niedrige Inflationsrate in der Bundesrepublik bewirke, daß deutsche Zinsen allemal konkurrieren könnten — selbst mit den heruntersubventionierten einiger westlicher Nachbarn.

In der Abschluß-Sitzung aber waren die Chinesen immer noch nicht zufrieden.

Als Freunde, so bemerkte Außenhandelsminister Li Tschiang, hätten sie Respekt vor der Haltung der Deutschen, keine Zinsnachlässe zu gewähren. „Aber als Freund muß man auch sagen“, schob er nach, „daß Zinsen in den internationalen Handelsbeziehungen eine bedeutende Rolle spielen.“

Zins von Jahr zu Jahr steigen soll. Und am liebsten würden die Postler bald auch Sparbriefe anbieten, festverzinsliche Zertifikate mit genauem Rückzahltag.

Gewöhnliche Banken halten solche Sparofferten schon seit Jahren bereit, weil ihrer Klientel das simple Häufelspiel mit dem herkömmlichen Sparbuch längst nicht mehr reicht.

Und das Geschäft floriert: In den ersten sechs Monaten räumten Banken und Sparkassen mit diesen Anlage-Angeboten über zwölf Milliarden Mark ab, fast dreimal soviel wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.



Post-Dienstherr Gscheidle
Sturm auf Bank-Bastionen

Da möchten die Postbeamten nicht mehr nur zuschauen. Unbeeindruckt von der wachsenden Kritik an den Monopol-Allüren der Post, will sich Kurt Gscheidle Staatsbetrieb nicht mehr darauf beschränken, den Banken und Sparkassen mit Sparbüchern und Postscheckkonten Konkurrenz zu machen. Der Service soll verfeinert werden.

So ganz einfach geht das allerdings nicht. Während das Sparbuch mit wachsendem Zins längst beschlossene Sache ist, hindert die Rechtslage noch das Geschäft mit den Sparbriefen. Die gelten nämlich schon als Wertpapiere. Für den Handel mit solchen Zertifikaten fehlt der Post aber die gesetzliche Grundlage, vorerst jedenfalls.

Nicht nur beim Einkassieren von Spargeldern möchte die Post zukünftig mehr absahnen. Der Bundeskonzern will auch beim Geldverleihen besser ins Geschäft kommen.

Bisher können die Inhaber von Postscheckkonten allenfalls mal mit 500 Mark ins Minus geraten, während Privatkonten bei Sparkassen und Banken normalerweise um ein Monatslohn und mehr überzogen werden können.

Mit solchen Kontokorrent- oder Dispositionskrediten machen die Geldhäuser ein gut Teil ihres Geschäfts. Um daran teilhaben zu können, würden die Post-Ministerialen ihren Kunden gern eine Freigrenze „um die 2000 Mark“ einräumen. Ärzte oder Unternehmer könnten, so die Vorstellung der Postler, je nach Einkommen und Kontoumsatz auch höher einsteigen, während Lehrlinge und Studenten knapper gehalten werden sollen.

Die etablierte Bankenkonkurrenz hält von diesen Expansionsplänen des Kommunikations-Kolosses herzlich wenig. Sie sieht, zu Recht, in den Kon-

POST

Mehr absahnen

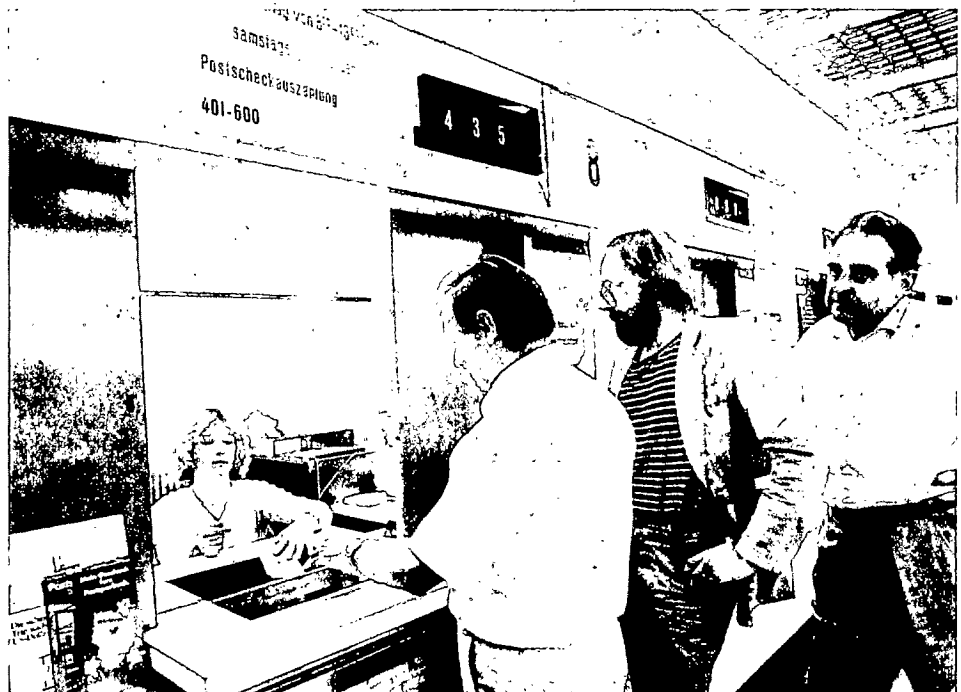
Die Bundespost drängelt sich zunehmend ins Kreditgeschäft. Banken und Sparkassen wehren sich gegen die unliebsame Konkurrenz.

Deutschlands Bankmanager wittern eine gelbe Gefahr.

„In kleinen Schritten“, so Wolfgang Grüger, Vorstand beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, „tasten die Leute von der Post sich vor zur Vollbank.“

Der Verdacht ist begründet: Der Bundeskonzern mit der gelben Firmenfarbe will sich zukünftig noch stärker im Bankgeschäft breitmachen.

Europas größtes Unternehmen plant, seine Dienste für Sparfreudige mit einer gewinnträchtigeren Form der Vermögensbildung zu krönen: einer Art Kapital-Sparbuch, bei dem der



Kundendienst am Postschalter: Größte Sparkasse der Bundesrepublik